

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2026 vor	1
EU-Kommission beschließt LGBTQ+ Equality Strategy 2026-2030	1
EU-Rat, Parlament und Kommission: Entscheidungen zum Schutz Minderjähriger vor Online-Risiken	1
EU-Rat: erneut keine erforderliche Mehrheit für die CSA-Verordnung.....	2
Europarat: Schutz von Kindern vor den Risiken des Zugriffs auf pornografische Online-Inhalte	2
EU-Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Gewaltprävention und Inklusion an	2
EU-Gipfel ruft Kommission zu ambitioniertem Plan für erschwingliches Wohnen auf	2
EU-Kommission: neue Leitlinien für die Umsetzung des Klima-Sozialfonds.....	3
EU-Kommission startet Konsultationen zur Europäischen Garantie für Kinder und zu Wohnraum.....	3
<i>Kurznachrichten: Kinderspielzeug, CSA-Richtlinie, EU-Haushalt 2026, globale Gesundheitsfonds.....</i>	<i>3</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
UK: Berufstätige Eltern können 30 Stunden kostenlose Kinderbetreuung erhalten.....	4
Schweiz: Statistik zur Elternzeit 2024 erschienen.....	4
Schweiz: Qualität und Wirtschaftlichkeit der Entschädigung pflegender Angehöriger sicherstellen	4
Albanien: Gesetzentwurf zur Geschlechtergleichheit in kontroverser Diskussion.....	4
<i>Kurznachrichten: Live-in-Betreuende, Strafmündigkeit mit 13 Jahren.....</i>	<i>4</i>
Weitere Nachrichten	5
52 zivilgesellschaftliche Organisationen zu den Sozialausgaben im mehrjährigen Finanzrahmen.....	5
Budget für EU-Pflegestrategie im mehrjährigen Finanzrahmen gefordert (European Care Alliance)	5
Ambitionierte EU-Strategie gegen Armut: Koalition von 16 zivilgesellschaftlichen Organisationen	5
<i>Kurznachricht: Erklärung für die bessere Unterstützung von Menschen mit Behinderung.....</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	6
rEUsilience: neuer Fahrplan zur Stärkung der Rechte und Widerstandsfähigkeit europäischer Familien	6
Eurochild: vielversprechende Praktiken aus der Europäischen Garantie für Kinder.....	6
OECD: bezahlte Elternzeit für Väter – aktuelle politische Trends in der OECD	6
UN: Betreuung von Kindern mit Behinderung in der Familie und deren Geschlechterdimension	7
EESC: Europäische Säule sozialer Rechte – Stand der Dinge im Jahr 2024.....	7
Save the Children: die Realität von Migrantenkinder an den Außengrenzen der EU	7
Neue Studie zur globalen Krankheitslast: Kindersterblichkeit und sexuelle Gewalt	7
<i>Kurznachrichten: Verkehrstote, sexueller Missbrauch, Elternzeit, Gender Pay Gap, Medien.....</i>	<i>8</i>
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2026 vor

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr veröffentlicht. Mit dem Titel „Der Moment der Unabhängigkeit Europas“ setzt sie Schwerpunkte bei der Wettbewerbsfähigkeit, der technologischen Eigenständigkeit und dem Abbau von Bürokratie. Im sozialen Bereich plant die Kommission ein Qualitätsarbeitsgesetz („Quality Jobs Act“) und neue Maßnahmen gegen Armut und Wohnungsknappheit, insbesondere in Großstädten. Außerdem werde sie sich dem Thema Minderjährige und soziale Medien widmen. Wie angekündigt, enthält das Arbeitsprogramm weiterhin die seit 2008 diskutierte allgemeine Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsrichtlinie, als pending proposal Nr. 103 (s. [AGF-EuropaNews 7/25](#)).

- [EU-Kommission: 2026 Commission work programme and annexes](#) 

EU-Kommission beschließt LGBTQ+ Equality Strategy 2026-2030

Unter dem Motto „Free to love, free to be: the EU’s new LGBTQ+ strategy“ verkündete die Europäische Kommission ihre Annahme der neuen LGBTQ+-Gleichstellungsstrategie 2026-2030. Die gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTQ+-Personen habe in der EU weiter zugenommen, gleichwohl seien LGBTQ+-Personen nach wie vor in unverhältnismäßiger und unannehmbare Weise Hass, Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Die neue Strategie baut auf der vorherigen für die Jahre 2020 bis 2025 auf. Die zentralen Aktionsbereiche sind der Schutz von LGBTQ+-Personen, die Stärkung ihrer Position sowie die Einbindung der Gesellschaft, um die LGBTQ+-Gleichstellung voranzubringen. Die Kommission will 2026 einen Bericht zur Umsetzung der Vorschriften zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf veröffentlichen und ihre strenge Anwendung gewährleisten.

- [EU-Kommission: Union of Equality – LGBTQ+ Equality Strategy 2026-2030](#) 

EU-Rat, Parlament und Kommission: Entscheidungen zum Schutz Minderjähriger vor Online-Risiken

Die Digitalminister:innen der EU-Mitgliedstaaten haben die Jütland-Erklärung „Shaping a Safe Online World for Minors“ beschlossen (s. vorab [AGF-EuropaNews 9/25](#)). Darin bekennen sich die Staaten zu einem europäischen Rechtsrahmen für wirksame und datenschutzfreundliche Altersüberprüfungen in sozialen Medien.

Die Jütland-Erklärung deckt sich in ihren Schwerpunkten mit einem Initiativbericht zum Schutz Minderjähriger online, den der Binnenmarktausschuss (IMCO) des Europäischen Parlaments verabschiedet hat. Der Bericht fordert ein EU-weites digitales Mindestalter von 16 Jahren sowie strengere Regeln gegen sucht- und manipulationsfördernde Online-Praktiken.

Die Europäische Kommission hat erstmals Untersuchungsverfahren gegen Snapchat, YouTube, Apple und Google eingeleitet. Ziel ist es, zu prüfen, wie die Unternehmen ihre gesetzlichen Pflichten zum Schutz Minderjähriger nach dem Digital Services Act (DSA) umsetzen – insbesondere im Hinblick auf Altersverifikation, Sicherheit und Privatsphäre. Die Kommission fragt auch nach Informationen dazu, wie die Plattformen verhindern, dass Minderjährige auf illegale Produkte oder unangemessene Inhalte zugreifen können. Die Anbieter sind aufgefordert, innerhalb von drei Wochen detaillierte Informationen zu ihren Altersverifikations- und Schutzsystemen vorzulegen.

- [EU-Ratsvorsitz: The Jutland Declaration „Shaping a Safe Online World for Minors“](#)  
- [EU-Parlament, IMCO: New EU measures needed to make online services safer for minors](#)  
- [EU-Kommission: Schutzmaßnahmen für Minderjährige bei Snapchat, YouTube, Apple und Google](#)

EU-Rat: erneut keine erforderliche Mehrheit für die CSA-Verordnung

Im Ministerrat haben die EU-Mitgliedstaaten erneut nicht die nötige qualifizierte Mehrheit gefunden, um die Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA-R) zu beschließen (s. [AGF-EuropaNews 6/25](#)). Ein Kompromissvorschlag des dänischen EU-Ratsvorsitzes hatte im Vorfeld nicht die ausreichende Unterstützung erhalten, so dass der Vorschlag gar nicht zur Abstimmung gestellt wurde. Neben Polen, den Niederlanden, Österreich, Finnland und anderen Ländern hat sich auch Deutschland gegen die vorgesehene Kontrolle online verschickter Bilder, Videos und Audio-Dateien ausgesprochen.

Die Abstimmung im Ministerrat soll nun am 6. und 7. Dezember erfolgen. Anschließend müsste der Entwurf noch Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Rat und Parlament durchlaufen. Im Parlament gibt es bisher als Verhandlungsmandat einen weniger weitgehenden Entwurf. Inzwischen hat der dänische Ratsvorsitz angekündigt, auf die verpflichtende Kontrolle von Chatnachrichten zu verzichten und sie als freiwilliges Instrument vorzusehen, möglicherweise wie bei der Umsetzung im Vereinigten Königreich (siehe [AGF-EuropaNews 9/24](#)).

Europarat: Schutz von Kindern vor den Risiken des Zugriffs auf pornografische Online-Inhalte

Die thematische Leitlinie, die sich in erster Linie an die Mitgliedstaaten des Europarates richtet, soll das Verständnis für die Gefahren schärfen, die mit der Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Online-Inhalten verbunden sind. Dabei werden das Ausmaß und die Art der Exposition, die Beschaffenheit der pornografischen Inhalte, die für Kinder online frei und leicht zugänglich sind, sowie die Auswirkungen des allgegenwärtigen Zugriffs auf diese Inhalte auf Kinder beschrieben. Darüber hinaus enthält die Veröffentlichung Vorschläge zu wichtigen Maßnahmen, die ergriffen werden können, sowie zu deren rechtlichen, regulatorischen und politischen Kontext.

- [Europarat: Safeguarding Children From The Risks Of Accessing Online Pornographic Content](#)  

EU-Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Gewaltprävention und Inklusion an

Die für Gleichstellung und Sozialpolitik zuständigen Minister:innen der EU haben im Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) Beratungen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, der Förderung der Rechte von LGBTQ+-Personen sowie der Stärkung der sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderungen abgehalten. Ein zentrales Ergebnis war die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Die Minister:innen betonten die Notwendigkeit, Prävention, Früherkennung und Intervention als zentrale Aktionsfelder weiter auszubauen.

- [EU-Rat: Schlussfolgerungen über Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt](#) 

EU-Gipfel ruft Kommission zu ambitioniertem Plan für erschwingliches Wohnen auf

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat die Europäische Kommission aufgefordert, rasch einen ehrgeizigen und umfassenden europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum vorzulegen. Darüber hinaus haben die EU-Staaten im Vorfeld einen Fahrplan zur Umsetzung des Affordable Housing Master Plan vorgelegt und der Kommission in Entwürfen für Schlussfolgerungen des Rates ein detailliertes Maßnahmenpaket an die Hand gegeben. Der Entwurf fordert Brüssel auf, die Beihilferegeln zu überprüfen, um Regierungen in Fällen von Marktversagen eine „schnellere und einfachere“ Unterstützung von Wohnungsbauprojekten zu ermöglichen.

Zudem sieht er die Einrichtung eines neuen „Hubs“ vor, der EU-Mittel mit privatem Kapital bündeln und Städte, Entwickler und Investoren vernetzen soll, flankiert von Maßnahmen zur Deregulierung des Wohnsektors.

- [EU-Kommission: EU leaders call on Commission to present ambitious housing plan](#) 

EU-Kommission: neue Leitlinien für die Umsetzung des Klima-Sozialfonds

Die Europäische Kommission hat neue Leitlinien veröffentlicht, um die Mitgliedstaaten bei der wirksamen Umsetzung des Klima-Sozialfonds (Social Climate Fund, SCF) und bei der Ausarbeitung ihrer Klima-Sozialpläne (Social Climate Plans, SCPs) zu unterstützen. Der Fonds startet ab 2026 und wird über 86 Mrd. Euro mobilisieren. Er wird die Einnahmen aus dem neuen Emissionshandelssystem nutzen, um benachteiligten Menschen, kleinen Unternehmen und Verkehrsteilnehmer:innen dabei zu helfen, die Kosten des Übergangs zu einer sauberen Wirtschaft zu bewältigen – insbesondere in den Bereichen Wohnen und Verkehr.

- [EU-Kommission: Commission provides guidance on implementing Social Climate Fund](#) 

EU-Kommission startet Konsultationen zur Europäischen Garantie für Kinder und zu Wohnraum

Anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut (17. Oktober) hat die Europäische Kommission eine Umfrage gestartet, um Kinder, Jugendliche, ihre Eltern und Erziehungsberechtigten zu ihrer Meinung zur Europäischen Garantie für Kinder zu befragen. Die Ergebnisse der Umfrage sollen dazu beitragen, wirksame Strategien, Verbesserungsmöglichkeiten und Methoden zu ermitteln, um die Stimme der Kinder besser in die Politikgestaltung der EU einzubeziehen. Die Online-Umfrage läuft bis zum 8. Dezember 2025. Die Rückmeldungen werden in die künftige Strategie zur Bekämpfung der Armut einfließen.

Außerdem hat die Kommission eine Konsultation zu überarbeiteten Beihilfavorschriften zur Verbesserung des Zugangs zu erschwinglichem Wohnraum begonnen. Diese Konsultation endet bereits am 4. November.

- [EU: Umfrage zu Armut und sozialer Teilhabe \(Europäische Garantie für Kinder\)](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zu überarbeiteten Beihilfavorschriften für erschwinglichen Wohnraum](#) 

Kurznachrichten: Kinderspielzeug, CSA-Richtlinie, EU-Haushalt 2026, globale Gesundheitsfonds

- Der EU-Rat hat eine neue Verordnung zur Sicherheit von Kinderspielzeug beschlossen. Gefährliche Chemikalien werden eingeschränkt und zur Überwachung digitale Produktpässe genutzt.
- Die EU-Kommission hat Bulgarien, Irland und Spanien eine [mit Gründen versehene Stellungnahme](#) übermittelt, damit sie die Richtlinie über den sexuellen Missbrauch von Kindern ordnungsgemäß umsetzen.
- Das EU-Parlament hat seine [Position zum EU-Haushalt 2026](#) beschlossen, mit einer Erhöhung gegenüber dem Kommissionsvorschlag um 597,8 Mio. Euro (u. a. für EU4Health und humanitäre Hilfe).
- Die EU-Kommission zieht den Ausstieg aus der Finanzierung globaler Gesundheitsfonds für Impfungen und gegen HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose in Betracht.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

UK: Berufstätige Eltern können 30 Stunden kostenlose Kinderbetreuung erhalten

Die durchschnittlichen Kosten für eine Vollzeit-Kinderbetreuung (50 Stunden pro Woche) für ein Kind unter zwei Jahren sind laut „Coram Family and Childcare“ in England um 22 % gesunken, auf 12.425 £ im Jahr 2025. Der Rückgang sei vor allem auf die kürzlich erfolgte Ausweitung der subventionierten Kinderbetreuungsstunden zurückzuführen. So haben seit September 2025 berufstätige Eltern in England Anspruch auf 30 Stunden subventionierte Kinderbetreuung für Kinder im Alter von neun Monaten bis vier Jahren. Die Zahl der Kinder, die in England kostenlose Kinderbetreuungsstunden erhalten, stieg in den zwölf Monaten bis Januar 2025 um 33 %.

Schweiz: Statistik zur Elternzeit 2024 erschienen

2024 bezogen rund 126.500 Personen Erwerbsersatzleistungen bei Elternschaft. Dafür wurden 1.064 Mio. Franken entrichtet (etwa 1.150 Mio. Euro). Der Mutterschaftsurlaub und Urlaub des anderen Elternteils bilden die bedeutendsten Ausgabeposten der Erwerbsersatzordnung. Erstmals werden dieses Jahr Bezugsquoten des Mutterschaftsurlaubs und des Urlaubs des anderen Elternteils vom Jahr der Einführung bis ins Jahr 2023 publiziert. Der Mutterschaftsurlaub wurde 2023 von 95 % der anspruchsberechtigten Mütter bezogen, der Urlaub des anderen Elternteils von 77 % der anspruchsberechtigten Eltern.

Schweiz: Qualität und Wirtschaftlichkeit der Entschädigung pflegender Angehöriger sicherstellen

Der Bundesrat hat den Bericht «Pflegeleistungen pflegender Angehöriger im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» verabschiedet. Darin wird festgehalten, dass die Möglichkeit für pflegende Angehörige, auf Kosten der Krankenversicherung angestellt und bezahlt zu werden, beibehalten werden sollte, sofern die im Krankenversicherungsgesetz vorgesehenen Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Qualität erfüllt sind.

Albanien: Gesetzentwurf zur Geschlechtergleichheit in kontroverser Diskussion

Nach mehr als einem Jahr der Konsultationen legte das Ministerium für Gesundheit und Soziales dem Parlament einen Entwurf für ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter vor. Das Gesetz zielt darauf ab, die albanische Gesetzgebung mit dem EU-Acquis und der Istanbul-Konvention in Einklang zu bringen, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, die Geschlechtsidentität als grundlegendes Menschenrecht zu schützen und die nationalen Mechanismen für die Gleichstellung zu stärken.

Kurznachrichten: Live-in-Betreuende, Strafmündigkeit mit 13 Jahren

- Schweiz: Für Live-in-Betreuende hat der Bundesrat neue Sonderregelungen beschlossen, die Arbeits- und Ruhezeiten regeln und klarstellen, dass eine Einzelperson keine 24-Stunden-Betreuung leisten kann.
- Schweden: Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgestellt, mit dem das Alter der Strafmündigkeit von 15 auf 13 Jahre gesenkt werden soll, um der Rekrutierung Minderjähriger durch Banden zu begegnen.

Weitere Nachrichten

52 zivilgesellschaftliche Organisationen zu den Sozialausgaben im mehrjährigen Finanzrahmen

Die Social Platform, Caritas, COFACE, Eurochild, Save the Children und 47 weitere NGOs warnen vor dem Risiko eines Rückschritts bei den Sozialausgaben, wie sie im Vorschlag der EU-Kommission zur Budgetplanung für 2028-2034 vorgesehen sind (s. [AGF-EuropaNews 7/25](#)). Bei den geplanten 100 Milliarden Euro für „soziale Ausgaben“ stecke der Teufel im Detail. Das Budget hierfür sei nicht so klar garantiert wie bei dem bisherigen Budget des European Social Fund Plus (ESF+). Es werde gestattet, bis zu 40 % an Infrastrukturausgaben in dieses Budget hineinzurechnen. Bestimmungen, die einst die Finanzierung sozialer Maßnahmen sicherstellten, wie beispielsweise die Mindestquote von 25 % für soziale Eingliederung, 5 % für die Europäische Garantie für Kinder und 3 % für Maßnahmen gegen materielle Benachteiligung, würden nicht beibehalten. Viele der bisher vorgesehenen Voraussetzungen, die die Mitgliedstaaten erfüllen müssen, um Mittel zu erhalten, würden entfallen. Die Stellungnahme wird durch eine detaillierte Auswertung der Vorschläge der Europäischen Kommission zu den Sozialausgaben ergänzt. Von acht erfolgsrelevanten Bereichen zeigt darin eine Ampel für fünf Bereiche Rot, für zwei Gelb und nur für einen Grün. Die NGOs fordern die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Sozialausgaben zu erhöhen und nicht zu kürzen, damit das Engagement der EU für die Menschen weiterhin oberste Priorität hat, und dafür zu sorgen, dass spezielle Mittel für soziale Eingliederung und die Bekämpfung von Kinderarmut bereitgestellt werden.

- [52 NGOs: 100 billion Euros for social spending? The devil's in the details](#)  

Budget für EU-Pflegestrategie im mehrjährigen Finanzrahmen gefordert (European Care Alliance)

Am Internationalen Tag der Pflege und Betreuung, dem 29. Oktober, haben 15 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter AGE, die Caritas und COFACE, dazu aufgerufen, in der Haushaltsplanung der EU für 2028-2034 Mittel für die Umsetzung der Europäischen Pflegestrategie bereitzustellen. Die vorgeschlagene künftige Verwaltung der EU-Kohäsionsfonds – die Umstellung von derzeit über 500 Programmen auf 27 nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRP) im Rahmen des nächsten EU-Haushalts – wird möglicherweise zu einer Verringerung der insgesamt verfügbaren Sozialmittel im Vergleich zum vorherigen EU-Finanzrahmen und zu weniger direkten Verbindungen zwischen dem EU-Haushalt und lokalen/regionalen Gemeinschaften führen. Die von COFACE koordinierte Allianz empfiehlt, spezielle Indikatoren zur Europäischen Pflegestrategie zu ergänzen, insbesondere zur Langzeitpflege. Außerdem solle die Pflegestrategie in die Leitlinien zur Verteilung der Mittel sowie in die Regelungen zum demografischen Wandel aufgenommen werden.

- [European Care Alliance: Call for earmarking of funds for implementation of EU Care Strategy](#)  

Ambitionierte EU-Strategie gegen Armut: Koalition von 16 zivilgesellschaftlichen Organisationen

AGE, Caritas, COFACE, Eurochild, Save the Children und elf weitere EU-weite NGOs haben die „Ad Hoc Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy“ gebildet, um auf eine starke entsprechende EU-Strategie hinzuwirken, die von der EU-Kommission angekündigt wurde. Die Koalition argumentiert, dass die Bekämpfung der Armut eine der obersten Prioritäten der Europäischen Union sein muss. Gefordert wird, die strukturellen und systemischen Ursachen der Armut anzugehen sowie eine generationsübergreifende Perspektive einzunehmen. Politische Maßnahmen müssten eine familienzentrierte Perspektive einnehmen und Haushalte als voneinander abhängige Systeme angesehen werden, in denen sich Schwachstellen über Generationen hinweg überschneiden und

verstärken. Alle Menschen in der EU, die von Armut betroffen sind, müssten unterstützt werden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus, einschließlich Obdachloser. Angemessene Ressourcen sollten unter anderem im mehrjährigen Finanzrahmen bereitgestellt werden, was im aktuellen Vorschlag nicht erkennbar sei. Die Beseitigung der Armut bis 2050 müsse über ein fernes Versprechen hinausgehen und zu einem messbaren und kollektiven Projekt werden.

- [Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy: Eradicating Poverty by 2050](#)  

Kurznachricht: Erklärung für die bessere Unterstützung von Menschen mit Behinderung

- Für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung haben 13 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter EASPD, COFACE und das European Disability Forum, die „[Erklärung von Turin](#)“ verabschiedet.

Berichte und Studien

[rEUsilience: neuer Fahrplan zur Stärkung der Rechte und Widerstandsfähigkeit europäischer Familien](#)

Das Endergebnis des rEUsilience-Projekts ist ein Fahrplan zur Stärkung der Rechte und Widerstandsfähigkeit europäischer Familien. In dieser Roadmap präsentieren die Autor:innen konkrete Vorschläge, wie die Erkenntnisse auf EU-Ebene umgesetzt werden können, um realen Familien im realen Leben zu helfen. Die praktischen Empfehlungen umfassen drei wesentliche Bereiche, in denen Maßnahmen der EU Familien unterstützen können: 1) Nutzung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds+ zur Entwicklung lokaler Familienunterstützungsdienste, 2) Einführung eines europäischen Peer-Austauschs zur Familienunterstützung durch die Europäische Garantie für Kinder und 3) Verbesserung der Daten und Überwachung in Bezug auf Familienvielfalt und Betreuung.

- [rEUsilience: new roadmap for boosting the rights and resilience of European families](#) 

[Eurochild: vielversprechende Praktiken aus der Europäischen Garantie für Kinder](#)

Diese Zusammenstellung von Praktiken aus den Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, kann jedoch als Quelle der Inspiration für die Politikentwicklung, die strategische Mittelzuweisung und den länderübergreifenden Wissensaustausch dienen. Sie soll zum übergeordneten Ziel der Garantie für Kinder beitragen: sicherzustellen, dass jedes Kind in Europa die Unterstützung und Chancen erhält, die es braucht, um sich unabhängig von seiner Herkunft oder seinen Lebensumständen entfalten zu können.

- [Eurochild: Promising Practices from the European Child Guarantee](#)  

[OECD: bezahlte Elternzeit für Väter – aktuelle politische Trends in der OECD](#)

Der Untersuchung zufolge bieten die meisten OECD-Länder Vätern eine Form von bezahlter Elternzeit, beispielsweise bezahlte Väterzeit und speziell für Väter vorgesehene Elternzeit. Diese Ansprüche seien jedoch in der Regel kürzer als diejenigen für Mütter, wobei es zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede gibt. In den letzten zehn Jahren hätten Väter zunehmend Elternzeit in Anspruch genommen, doch sei die Elternzeit noch lange nicht gleichmäßig zwischen Müttern und Vätern aufgeteilt. Geschlechtsspezifische Normen, Arbeitskultur

und finanzielle Erwägungen hielten Väter oft davon ab, Elternzeit zu nehmen. Auch die Gestaltung der Politik beeinflusst die Entscheidungen von Familien (z. B. Familienansprüche). Väterzeit komme nicht nur Eltern und Kindern zugute, sondern fördere auch die Gleichstellung der Geschlechter. Für eine ausgewogenere Verteilung der Elternzeit zwischen Müttern und Vätern werden zudem verschiedene Ansätze vorgestellt.

- [OECD: Paid leave for fathers - recent OECD policy trends](#) 

UN: Betreuung von Kindern mit Behinderung in der Familie und deren Geschlechterdimension

In diesem Bericht hebt die Sonderberichterstatterin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Heba Hagrass, die Hindernisse hervor, denen Kinder mit Behinderungen und ihre Betreuungspersonen bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte gegenüberstehen, wenn keine angemessenen Unterstützungsdienste vorhanden sind. Sie beleuchtet die geschlechtsspezifische Dimension der unbezahlten Betreuung und Unterstützung von Kindern mit Behinderungen im familiären Umfeld, die überwiegend von Frauen geleistet wird. Sie skizziert verschiedene Maßnahmen und Dienstleistungen.

- [UN Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities: Care for children with disabilities](#) 

EESC: Europäische Säule sozialer Rechte – Stand der Dinge im Jahr 2024

Die vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) in Auftrag gegebene Studie untersucht den Stand der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans im Jahr 2024. Sie konzentriert sich auf vier Richtlinien, die für den Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte von zentraler Bedeutung sind. Die Analyse umfasst die Umsetzung, die Erfolge bei der Umsetzung, die Durchsetzungsmechanismen und die verbleibenden Lücken in 14 Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse zeigen eine uneinheitliche Einhaltung der Umsetzungsfristen, unterschiedliche administrative und institutionelle Kapazitäten sowie anhaltende Herausforderungen bei der Ausweitung des Schutzes auf atypische Arbeitnehmer:innen. Die Studie wird durch Länderberichte ergänzt.

- [EESC: European Pillar of Social Rights - State of play in 2024](#) 

Save the Children: die Realität von Migrantenkindern an den Außengrenzen der EU

Vor dem Hintergrund der Neugestaltung der rechtlichen Rahmen zu Migration untersucht der von Save the Children erstellte Bericht die Lebensrealitäten von Migrantenkindern. Im Fokus stehen insbesondere unbegleitete und von ihren Familien getrennte Minderjährige, die an EU-Außengrenzen wie denen von Griechenland, Italien, Spanien (Kanarische Inseln), Finnland und Polen ankommen.

- [Save the Children: Crossing Lines – realities of migrant children at EU external borders](#) 

Neue Studie zur globalen Krankheitslast: Kindersterblichkeit und sexuelle Gewalt

Eine neue Version der Global Burden of Disease (GBD) Study ist erschienen. Koordiniert von der Universität von Washington, liefert sie zur Lebenserwartung sowie zu 375 Krankheiten und 88 gesundheitlichen Risikofaktoren Zeitreihen bis 2023, die nach 204 Ländern und Territorien sowie nach Geschlecht und 25 Altersgruppen unterteilt werden können (s. [AGF-EuropaNews 5/24](#)). Die Kindersterblichkeit ging demnach global weiter zurück, auf etwa 4,67 Millionen Todesfälle im Jahr 2023 (in der EU 14.600). Die sexuelle Gewalt an Kindern forderte 2023 weltweit 290.000 Menschenleben (einschließlich Spätfolgen; in der EU etwa 14.600). Die Gewalt von Intimpartnern kostete

145.000 Frauen das Leben (in der EU etwa 3.600). Die mentale Gesundheit von Jugendlichen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verschlechtert. Die Autor:innen vermuten hier einen Einfluss sozialer Medien, da quantitativ erfasste Faktoren den Trend nicht erklären können. Die meisten Trends seien nicht auf dem Weg, die betreffenden UN Sustainable Development Goals für 2030 zu erreichen.

- [GBD 2023: Kindersterblichkeit, sexuelle Gewalt, mentale Gesundheit](#) 

Kurznachrichten: Verkehrstote, sexueller Missbrauch, Elternzeit, Gender Pay Gap, Medien

- Im Vorfeld des weltweiten Gedenktages für die Opfer des Straßenverkehrs am 17. November hat die EU-Kommission [neue Daten veröffentlicht: 2024 gab es 19.940 Verkehrstote in der EU](#), etwa ein Zehntel davon Kinder. Der leicht rückläufige Trend genügt nicht, um das EU-Ziel einer Halbierung bis 2030 zu erreichen.
- Der Europarat hat einen [Bericht](#) vorgelegt, in dem er zu einem besseren Schutz von Kindern gegen sexuellen Missbrauch durch Vertrauenspersonen aufruft.
- Eine [vergleichende Analyse von Datenlücken zu Regelungen der Elternzeit](#) hat das Netzwerk „Sustainability@Leave“ veröffentlicht.
- Eurobarometer hat die [Ergebnisse seiner Umfrage zu sozialen Medien 2025](#) veröffentlicht.
- Eurostat hat eine [neue Analyse zur Lohnlücke zwischen Männern und Frauen](#) in der EU zwischen 2014 und 2022 sowie zu deren Ursachen vorgelegt

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
3.-4. November, Paris	Removing Barriers to Entrepreneurship by Women	OECD
3.-9. November	Europäische Woche der Gleichstellung der Geschlechter	EU-Parlament
4.-6. November, Doha und online	Second World Summit for Social Development	UN
12.-14. November, Madrid	2025 OECD Global Roundtable on Equal Access to Justice	OECD
17. November	World Day of Remembrance for Road Traffic Victims	UN
17. November, Berlin	Europäisches Fachgespräch zu den demografischen Entwicklungen in Europa	AGF
17.-19. November, Brüssel	Policy Event: Connecting regional realities with European strategies: advancing youth employment and social inclusion	YES Forum
18. November	World Day for the Prevention of and Healing from Child Sexual Exploitation, Abuse and Violence	UN, Europarat
18.-20. November, online	Global Perspectives 2025: Towards a Thriving Civil Society	International Civil Society

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
	in Times of Uncertainty	Centre
19. November, online	European peer exchange: The House of the Child in Belgium	COFACE Families Europe
20. November	World Children's Day	UN
25. November	International Day for the Elimination of Violence against Women	UN
25. November, online	Joining forces against gender-based violence: Cross-policy pathways to prevention and support	OECD
27.-28. November, Brüssel	European Migration Forum 2025 (Bewerbungsfrist für Teilnahme abgelaufen)	EU-Kommission und EESC
1. Dezember, Brüssel	Beyond the stigma – How can Europe improve support for women and postpartum mental health?	Euractiv, funded by Biogen

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend